

**Glanz und Elend der deutschen Geschichte  
2000 bis 2016  
Band 7**

**Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates**

**Band 7/103: 15.01.2000 – 13.07.2000**

**Gliederung (im Überblick):**

01.	<b>Deutsches Reich</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)</li><li>- Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)</li><li>- BRD (Bundesrepublik Deutschland – seit 3. Oktober 1990 einschließlich DDR und Berlin)</li></ul>
02.	<b>Nordeuropa</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Dänemark</li><li>- Norwegen</li><li>- Schweden</li><li>- Finnland</li></ul>
03.	<b>Ostmitteleuropa</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Estland</li><li>- Lettland</li><li>- Litauen</li><li>- Polen</li><li>- Tschechien</li><li>- Slowakei</li><li>- Österreich</li></ul>
04.	<b>Osteuropa</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Rußland</li><li>- Ukraine</li></ul>

05.	<b>Südosteuropa</b> - Ungarn - Jugoslawien - Slowenien - Kroatien - Makedonien - Bosnien und Herzegowina - Rumänien - Bulgarien - Albanien - Griechenland - Türkei
06.	<b>Südeuropa</b> - Italien - Spanien - Portugal
07.	<b>Westeuropa</b> - Schweiz - Liechtenstein - Frankreich - Luxemburg - Belgien - Niederlande - Großbritannien - Irland
08.	<b>Amerika</b> - Kanada - USA - Mittelamerika - Südamerika
09.	<b>Asien</b>
10.	<b>Afrika</b>
11.	<b>Australien</b>

## 2000

Die Wahrheit sinkt mitunter nieder, aber verliert doch nie den Atem.  
*Sprichwort aus Island*

### 15.01.2000

**BRD:** Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 15. Januar 2000 (x887/...):

#### >>Streit und Hader um Gott

Abgeordnete wollen den religiösen Bezug aus der Präambel streichen

Die kürzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gemachte Äußerung, in Deutschland lebende Ausländer müßten die abendländische Kultur als "Leitkultur" akzeptieren, ist eine zwar von tiefer christlicher Verbundenheit zeugende, aber dennoch leicht mißverständliche Aussage. Aber immerhin war es der Versuch, sich auf eine eigene kulturell-religiöse Wertewelt zu beziehen.

Und dies in einer Zeit, in der Bundestagsabgeordnete, vor allem aus der Ecke der SPD und der

Bündnisgrünen, fordern, den Anfang der Präambel des Grundgesetzes "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ..." zu streichen. "Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde", meint der SPD-Abgeordnete Eckardt Bartel. Auch der grüne Bundestagsabgeordnete und von türkischen Eltern abstammende Cem Özdemir ist der Ansicht, daß eine "Konstitutionalisierung des Christengottes" zu Abgrenzung und Intoleranz führe.

Möge Özdemir und anderen die Weisheit zufallen, daß Gott omnipotent und allen, auch den Islamisten, zugänglich ist. Jesus als einzelne Person zu betrachten, ist - ob im Abendland oder Morgenland - keine vollständige Sicht, denn das Golgathamysterium war und ist - ob man will oder nicht - die Essenz eines reinen Geistwesens, dessen schlichte Formel "Reine Liebe" lautet. Gott aber darf sich auch eine deutsche Verfassung nicht entziehen.

Er ist die uralte und ebenso lange mißverständene Crux vom Morgen- und Abendland, die in jüngster Zeit immer deutlicher wieder zutage tritt. Ohne das Morgenland - ein Begriff, der noch aus der Zeit stammt, als man die Erde als eine Scheibe anzusehen pflegte - kann der in gleicher Weise entstandene Begriff Abendland nicht verstanden werden. Erst als das Christentum sich in Rom etablierte und Kaiser Konstantin an die Stelle des "Sol invictus" Christus setzte, war die eigentliche Geburtsstunde des Abendlandes gekommen, dessen wirklicher Motor immer das Papsttum war. Der weitere Gang der Geschichte ist bekannt, jedoch haben weder Mohammed noch Christus in Wirklichkeit etwas von Flammen und Schwertern gesagt.

"Der Mensch ist nicht ein Sklave, er ist auch keine Nichtigkeit - der Mensch ist Teilhaber am göttlichen Werk", sagte der große russische Dichter Nicolai Berdjajew vor knapp einhundert Jahren. Was für ein Abgrund zwischen diesen Worten und der im vollen Gange befindlichen Globalisierung, die zwar das Feigenblatt des ökumenischen Weltkirchenrates kennt, in Wahrheit aber nur die Maxime eines neuen Materialismus und damit die Zerstörung gewachsener Kulturen verschiedenster Arten von Menschen im Schilde führt! Die Erwähnung Gottes vor allem im Schwadronieren von US-amerikanischen Politikern ist dabei zumeist nur pure Heuchelei.

Deutschland steht angesichts der Überflutung vor allem türkischer, arabischer und anderer mehr oder weniger Asyl suchenden Völkerschaft vor einem immer größer werdenden und schier unlösbaren Problem. Die Kriminalität steigt, unseliger islamischer Fundamentalismus, der nicht mit allem Arabischen zu verwechseln ist, nimmt kontinuierlich zu. Und dennoch sind alle, wenn auch teuflisch fehlgeleitet, "Teilhaber am göttlichen Werk", wie Berdjajew es zum Ausdruck brachte.

Den Todesstoß für das, was Berdjajew meinte, wollte der Kommunismus vor allem in der Sowjetunion vollbringen. Doch Jahrzehnte des Terrors, der Gulags und der psychiatrischen Anstalten brachten letztendlich keinen Erfolg. Ebenso schlug die prahlerische Formulierung fehl, ein Atheist zu sein. Sie war ohnehin Nonsense, denn wer sich gegen etwas definiert, gibt damit automatisch zu, daß es - in diesem Falle Gott - existiert.

Nach dem fehlgeschlagenen Experiment in der Sowjetunion kann man hierzulande nur hoffen, daß die deutschen Parlamentarier nicht der Sogkraft des atheistischen Zeitgeistes verfallen und den Gottesbezug aus dem Grundgesetz entfernen.<<

**26.01.2000**

**Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Januar 2000: >>Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**

Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in

Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:  
Kein Kommentar.

Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft – in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein.

Nicht ausgeschlossen sei es, erklärte ein Justizsprecher, daß sich deutsche und französische Ermittler eines Tages in Sachen Elf zusammensetzten und ihre Informationen austauschten. Er verwies dabei auf den Geschäftsmann und Elf-Vermittler Andre Guelfi, gegen den in Frankreich ermittelt werde und dessen Namen auch im deutschen Elf-Leuna-Dossier immer wieder auftauche.

Während der frühere Pariser Kulturminister Jack Lang am Montag für Helmut Kohl in die Bresche sprang und an dessen Verdienste für Europa erinnerte, spekulierten die französischen Zeitungen längst über das politische Ende des CDU-Politikers.<<

**29.01.2000**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Januar 2000 (x887/...):  
>>**Wenn die "Leitkultur" Schwäche zeigt ...**

Politiker beschwören in der Ausländerfrage ohne geistige Rückversicherung unverantwortliche Visionen

Mehr und mehr droht der Spendensumpf, in dem die Union und andere staatstragende Parteien zu versinken drohen, Fragen zu überlagern, die von schicksalhafter Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes sind. Zu diesen Fragen gehört mit Sicherheit die Neufassung des Ausländergesetzes und des Staatsbürgerschaftsrechtes, die seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft sind. Rund 3,7 Millionen der ca. 7,3 Millionen offiziell in Deutschland erfaßten Ausländer können aufgrund dieser Gesetzesänderung deutsche Staatsbürger werden.

Einen Einbürgerungsanspruch haben diejenigen Ausländer, die seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben. Darüber hinaus erhalten in Zukunft in Deutschland geborene Kinder von Ausländern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sollten diese Kinder noch eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, müssen sie sich mit 23 Jahren für einen Paß entscheiden.

Mit diesen Gesetzen sind Regelungen in Kraft getreten, die die konservativen Kräfte in Deutschland unter allen Umständen verhindern wollten. Um in diesem Zusammenhang nur den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zu nennen: Dieser erklärte Anfang des letzten Jahres, daß die Verhinderung der doppelten Staatsbürgerschaft das zweitwichtigste Ziel seiner Partei sei. Stoiber forderte, daß sich die in Deutschland lebenden Ausländer an der abendländischen Kultur als "Leitkultur" ausrichten müßten. Was Stoiber genau unter dieser "abendländischen Kultur" versteht, hat er nicht weiter konkretisiert.

Seine eigentliche geschichtliche Kontur hat der Begriff "Abendland" ("Okzident") als Gegenbegriff zum "Morgenland" ("Orient") gewonnen. "Orient" und "Okzident" bezeichneten zu-

nächst nicht mehr als Verwaltungseinheiten des Römischen Reiches. Im Zuge der allmählichen theologischen Auseinanderentwicklung des griechischen Ostens und des lateinischen Westens entstand im 8. Jahrhundert der Kirchenstaat, der für die Geschichte des Abendlandes von entscheidender Bedeutung werden sollte.

Spätestens mit dem Untergang des Byzantinischen Reiches Ende des 15. Jahrhunderts trat schließlich der Islam als Herausforderung des christlichen Abendlandes immer deutlicher in Erscheinung. "Abendland" galt von nun als "christlich" geprägter geographischer Raum, dem das "Morgenland" als "islamisch" geprägter Raum gegenübersteht. Nur nebenbei sei an dieser Stelle vermerkt, daß die Idee des "Abendlandes" nach dem Ende des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" im Jahre 1806 zu einem primär deutschen Anliegen wurde.

Hier und da wurde die "Idee des Abendlandes" auf die Formel "Das Abendland ist christlich, oder es ist nicht" gebracht. Dazu mag man stehen, wie man will. Eines aber steht außer Zweifel: das Christentum ist konstitutiv für die "Idee des Abendlandes".

Heute hat die Bindekraft des Christentums allerdings in einem Maße abgenommen, daß die Forderungen Stoibers seltsam realitätsfern wirken. Es stellen sich aber noch andere Fragen: Wie kann von einem Ausländer die Ausrichtung an der abendländischen Kultur erwartet werden, wenn der Gottesbezug im Grundgesetz von rot-grünen Politikern offen in Frage gestellt wird? Politiker von SPD und Bündnisgrünen forderten bereits im Zuge der Wiedergewinnung der deutschen Einheit, den Begriff Gott aus dem Grundgesetz zu streichen.

Ihrer Auffassung nach sollte der Gottesbezug nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde. Konsequenterweise betrachten bündnisgrüne Politiker auch die staatliche Garantie des Religionsunterrichtes als "Relikt aus vordemokratischen Zeiten".

Wo der springende Punkt für die Bündnisgrünen und viele SPD-Politiker liegt, hat der grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir ausgeführt: Ein Wertekonsens in Deutschland könne nur gemeinsam mit Nichtchristen geschaffen werden. Eine "Konstitutionalisierung des christlichen Gottes" führe zu Ausgrenzung und Intoleranz. Es spricht für sich, daß sich viele angeblich "fortschrittliche" deutsche Politiker genau diese Sichtweise zu eigen gemacht haben.

Vor diesem Hintergrund geht die Forderung Stoibers ins Leere. Wenn sich nicht einmal alle deutschen Politiker auf die "abendländische Kultur" verpflichten lassen wollen, dann kann dies auch nicht von einbürgerungswilligen Ausländern erwartet werden. Abzuwarten bleibt, ob diese Form geistiger Orientierungslosigkeit, wie sie bei Politikern aller Couleur zu beobachten ist, nicht genau zu dem führt, was der große Kulturkritiker Oswald Spengler in den 20er Jahren meinte prognostizieren zu müssen: zum Untergang des Abendlandes.<<

**Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. Januar 2000: >>"Elf-Konzern schmierte deutsche Politiker"**

Mehr als 105 Personen, darunter mindestens 2 hochrangige deutsche Politiker, sind 1992 nach einem Bericht der französischen Zeitung "Le Monde" aus schwarzen Kassen des französischen Ölkonzerns Elf Aquitaine finanziert worden. Unter den Begünstigten sollen der Zeitung zufolge auch der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Hans Friedrichs und die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Agnes Hürland-Büning, gewesen sein. Die Zahlungen seien alle im Zusammenhang mit den Verkaufsverhandlungen zwischen Elf Aquitaine und der ostdeutschen Leuna-Raffinerie erfolgt.<<

**11.02.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Februar 2000: >>"Keine Anrechnung bei Zwangsarbeitern"**

Bei der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter ist die umstrittene Anrechnung bereits erbrachter Leistungen endgültig vom Tisch. Darauf hat sich eine rot-grüne Koalitionsrunde verständigt. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, zeigte sich befriedigt über diese Lösung. Auch der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz sagte, die Vereinbarung

sei jetzt zu respektieren. Der Entwurf des Bundesfinanzministeriums für ein Stiftungsgesetz hatte ursprünglich vorgesehen, daß bei der Entschädigung bisher schon erbrachte Zahlungen zum Beispiel für ehemalige KZ-Häftlinge angemessen berücksichtigt werden.<<

**13.03.2000**

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtet am 13. Januar 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>Elegant verschleiert

**Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.**

Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg?

Otto Graf Lambsdorff, der deutsche Beauftragte, bemerkte in der Drohgebärde seines amerikanischen Verhandlungspartners höflich einen "weitgehenden Dissens", Regierungskreise sprachen von einer "bösen Überraschung".

Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Milliarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.

Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor: Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliarden-Forderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.

Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.

Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt.

Die Alliierten hatten gelernt, daß die deutsche Reparationslast von 132 Milliarden Goldmark aus dem Versailler Friedensvertrag nach Weltkrieg I die erste deutsche Republik ruiniert und auch die Empfängerstaaten in die Weltwirtschaftskrise getrieben hatte. Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast zehn Millionen Mark im Jahr ab - bis 2020.

Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.

Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Vertragstitel) von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?

Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen

in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.

Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können.

Dann könnten auch hunderttausende noch lebende sowjetische Kriegsgefangene denselben Anspruch erheben, was allerdings dem Völkerrecht zuwiderläuft: Nirgendwo gibt es für gefangene Soldaten eine Entschädigung.

Lambsdorff zeigte sich vorigen Donnerstag verstört, daß nach einem halben Jahrhundert ein wichtiger Verbündeter das Problem wieder anschneide - sonst mache das nur Griechenland, das über 50 Milliarden Mark von Deutschland haben möchte.

Er erreichte bei Eizenstat immerhin eine Neuformulierung von dessen erstem Punkt: Reparation von Immobilien und Sachvermögen sei kein Thema mehr. Im Gegenzug muß die Bundesregierung aber akzeptieren, daß im geplanten Gesetz über die "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auch Vermögensansprüche nicht rassisch Verfolgter berücksichtigt werden. Das würde schätzungsweise nur 50 Millionen bis 100 Millionen Mark kosten, wäre aber ein Fall von Reparationen. Nun suchen die Verhandler nach einer Formulierung im Stiftungsgesetz, die das elegant verschleiern soll.

Offen bleiben Ansprüche von Kriegsgefangenen und auch Schmerzensgeld, wie es ein griechisches Gericht den Hinterbliebenen der 228 Opfer eines SS-Massakers zusprach: 60 Millionen Mark. Dabei überwies schon Kanzler Konrad Adenauer 1960 für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" 115 Millionen Mark nach Athen.<<

**14.03.2000**

**Vietnam: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. März 2000: >>Eine Entschuldigung bringt Cohen nicht mit**

Erstmals seit dem Ende des Vietnam-Krieges vor 25 Jahren ist am Montag mit William Cohen ein US-Verteidigungsminister zu einem Besuch in dem asiatischen Land eingetroffen. Nach US-Angaben sprach Cohen in Hanoi mit seinem Kollegen General Pham Van Tra unter anderem über das Schicksal der noch etwa 2.000 in Vietnam vermißten US-Soldaten. Er kam später auch mit Ministerpräsident Phan Van Kai zusammen.

Cohen hat erklärt, die USA würden sich nicht für den Vietnam-Krieg entschuldigen. In dem 1975 beendeten Konflikt starben etwa 58.000 amerikanische Soldaten und schätzungsweise drei Millionen Vietnamesen. ...

Die USA und Vietnam hatten 1995 wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. 20 Jahre zuvor hatte die hochgerüstete US-Armee den Rückzug aus Vietnam angetreten, wo sie gegen die Guerilla-Kämpfer Ho Chi Minhs unterlegen war. Der Krieg, in dem die USA die Führung Südvietnams gegen den kommunistischen Norden unterstützten, war sowohl in den USA als auch im Ausland auf scharfe Proteste gestoßen. Cohen hatte dennoch bereits vor seiner Ankunft angekündigt, er werde keine Entschuldigung seines Landes für den Vietnamkrieg vorbringen. ...<<

**24.03.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. März 2000: >>Wiedergutmachung mit bösen Folgen**

**In Berlin löst die Frage möglicher deutscher Reparationen einige Unruhe aus**

Offiziell ist die Sache nie auf dem Tisch gewesen, aber an Anmerkungen hat es nicht gefehlt, daß die USA die Frage der deutschen Reparationen in Folge des Zweiten Weltkrieges noch für offen hielten. Dieser längst abgehakt geglaubte Punkt war im Verlauf der Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ins Spiel gebracht worden. Es ging dabei von

amerikanischer Seite um die Klärung von sogenannten nicht rassistisch bedingten Vermögensschäden. Dies schließt Kriegsschäden ein. Die mögliche Zahlung von Reparationen, so die Amerikaner, werden von einer Einigung für die Zwangsarbeiter nicht berührt.

Dahinter steht die Frage, wie der 1990 abgeschlossene Zwei-plus-Vier-Vertrag über die "abschließende" Regelung der Deutschlandfrage zu bewerten ist. War es ein Friedensvertrag oder nicht? Zwar hatten die alliierten Kriegsgewinner 1945 in Potsdam beschlossen, sich materiell an Deutschland gütlich zu tun, konnten sich über den Umfang der Leistungen aber nicht einig. Was die endgültige Festsetzung von Reparationen betraf, wurde im Londoner Schuldenabkommen von 1953 mit den Westmächten beschlossen, diese bis zum Abschluß eines Friedensvertrages aufzuschieben.

Bei dem Zwei-plus-Vier-Vertrag hat sich die Bundesregierung deshalb auch alle Mühe gegeben, ihn nicht als Friedensvertrag erscheinen zu lassen. ... Kanzler Helmut Kohl hat sich jedoch bei den Verhandlungen über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einmal aufs Glatteis begeben: Wenn Deutschland sich bereit erklären sollte, müsse Polen auf Reparationsforderungen verzichten. Indirekt sagte er damit, daß es hier eine offene Frage gebe. Wie gefährlich solches Tun sei, ist ihm offenbar bedeutet worden. Und auch, daß Polen zusammen mit der Sowjetunion bereits 1953 auf Reparationen verzichtet habe.

Es bleiben noch mehr als 50 Staaten, mit denen das Deutsche Reich am Schluß im Krieg lag und die nicht verzichtet haben. Würden nun nur von einer Reihe von ihnen Reparationsforderungen erhoben, käme man schnell auf astronomische Summen. ...

Allerdings hat Stuart Eizenstat, der für die Amerikaner in Sachen Zwangsarbeiter verhandelt, seinem deutschen Partner Otto Graf Lambsdorff geschrieben, daß Reparationen wegen des Zweiten Weltkrieges kein Streitpunkt seien - "so weit es Vermögen betrifft". ... Und für Lambsdorff bleibt es "ein diskussionswürdiger Punkt, daß 50 Jahre nach Kriegsende unser größter Verbündeter noch meint, die Reparationsfrage sei offen.<<

**01.04.2000**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 1. April 2000 (x887/...): >>"Marxismus für feine Leute"

**Die 68er "Kulturrevolution", die Frankfurter Schule und die Kritische Theorie ...**

Von RUDOLF WILLEKE

Der bekannte Rechtsphilosoph und sozialdemokratische Justizminister der Weimarer Republik, Gustav Radbruch, hat den Satz formuliert: "Jede Idee, die der menschliche Geist erzeugt hat und den Kopf verläßt, also zur 'Sprache kommt', strebt danach, verwirklicht zu werden. Auf dem Wege der Verwirklichung verändert sie das Bewußtsein und die Gesellschaft."

Dieser Satz erscheint zunächst banal, denn jedermann weiß, welche gesellschaftlichen und bewußtseinsmäßigen Folgen die Ideen etwa von Jesus Christus, von Martin Luther und Immanuel Kant oder von Friedrich Nietzsche, Karl Marx und Wladimir I. Lenin hatten.

Der Satz ist gleichwohl beachtenswert, wenn man bedenkt, daß die Ideen, ja das gesamte Ideengebäude der "Frankfurter Schule" bisher kaum zur Kenntnis genommen wurden, so daß sich die Kulturrevolution 1968 bis 1998 hinter dem Rücken des kollektiven Bewußtseins vollziehen konnte und die Folgen nicht der eigentlichen (letzten) Ursache zugerechnet wurden, sondern dem namenlosen "Zeitgeist", dem "Fortschritt", der "Modernisierung".

Die kulturrevolutionären Veränderungen infolge der "Kritischen Theorie" der Frankfurter Schule liegen weit überwiegend im Bereich der gesellschaftlichen Institutionen, der "Umwertung der Werte", der "Umbegreifung der Begriffe" und des praktischen Verhaltens der Menschen in der Gesellschaft.

Wenngleich die Kritische Theorie längst kein allgemein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr ist, ist ihr Einfluß auf die Wissenschaften, auf Gesellschaft und Politik nachhaltig ("FAZ" vom 18. Juni 1999), sie ist richtungweisend für die sozialdemokratisch-ökologische

Politik und letztentscheidend für die "political correctness" in den Kommunikationsmedien der Gesellschaft und der Kirchen.

Eine philosophische Schule wie die Frankfurter Schule besteht aus der Gemeinschaft der Lehrer- und Schülergeneration, die durch gemeinsame Grundanschauungen, durch gemeinsame Forschungsmethoden und Ziele miteinander verbunden sind und die sich mit einer Idee oder mit einem Programm identifizieren.

Die Namen "Frankfurter Schule" und "Kritische Theorie" hat Max Horkheimer in den frühen 30er Jahren erfunden und genutzt, um seine Position vom dogmatischen Marxismus abzugrenzen und um zu dokumentieren, daß die "Frankfurter" einen revisionistischen Marxismus (Neomarxismus) vertreten. Dogmatisch-orthodoxer Marxismus wurde in den 30er Jahren mit KPD und Stalinismus gleichgesetzt.

Zugleich wollte Horkheimer seiner Theorie eine ganz besondere Aura, ein unverwechselbares Merkmal der qualitativen Unterscheidung von anderen Theorien, etwa der Philosophie des Deutschen Idealismus, verleihen.

Die Kritische Theorie der Frankfurter Lehrer und Schüler beinhaltet ein Denken, das in einer offenen Form der marxistischen Tradition steht und das der Abschaffung von Herrschaft (jeder Art, d. Verf.) verpflichtet ist. Für den bekannten Historiker Golo Mann, der in der amerikanischen Emigration sozusagen Hausnachbar von Horkheimer war, ist die Kritische Theorie nichts anderes als "Marxismus für feine Leute", also Intellektuelle.

Die Kritische Theorie unterscheidet sich grundlegend von traditionellen Theorien und Wissenschaften, die vom Interesse an Objektivität und Wahrheit geleitet sind. Sie ist demgegenüber vom Interesse an der Veränderung der bestehenden Gesellschaft inspiriert und aus diesem Grunde an der Hervorbringung eines bestimmten Verhaltens, d.h. "kritischen Verhaltens" interessiert.

Letzteres zeige sich in dem bewußten Widerspruch gegen das gesellschaftliche Ganze. Die "Kritik" ist prinzipielle Kritik, d.h. eine Grundhaltung der Verneinung aller Wirklichkeit und zugleich Kampf gegen das Bestehende, also gegen die bürgerliche Gesellschaft im weitesten Sinne.

Kritische Theorie will die Wirklichkeit nicht beschreiben, sie will sie verändern, sie steht damit im polemischen Widerspruch zu allen traditionellen Wissenschaften, insbesondere zur Philosophie des Deutschen Idealismus.

Damit ist schon angedeutet, daß die Gründerväter der Frankfurter Schule - Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, aber auch deren frühe Mitarbeiter, etwa der Sexualtheoretiker und Sexualpolitiker Wilhelm Reich, der evangelische Religionsphilosoph und Theologe Paul Tillich, die Psychoanalytiker Erich Fromm und Alexander Mitscherlich und der marxistische Nationalökonom und KP-Funktionär Friedrich Pollock und viele andere - keine neuen Ideen hervorbrachten oder verwirklichten.

Die Väter standen vielmehr auf den Schultern der geistigen Großväter, vor allem auf Karl Marx und Sigmund Freud, bzw. der geistigen Urgroßväter Jean-Jacques Rousseau und anderer Vorkämpfer der Französischen Revolution von 1792 (nicht 1789).

Marx und Freud, beide prominente Vertreter des philosophischen Materialismus, nahmen die These Rousseaus auf, daß die "Zivilisation" das Glück des Menschen, das ihm im Naturzustand zuteil wurde, zerstört und die Sitten verdorben habe". Von Natur aus sei der Mensch gut, erst mit dem Privatbesitz, der eigentlichen Ursünde des Kapitalismus, seien Herrschaft und Unterdrückung und damit Unglück und Bosheit in die Welt gekommen.

Allein durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln könne die Herrschaft von Menschen über Menschen endgültig beendet und eine menschenwürdige Gesellschaft - das Paradies auf Erden - errichtet werden.

Die Parole "Zurück zur Natur" findet heute noch ihren Widerhall in der Technikfeindlichkeit

und ökologischen Besessenheit der Grün-Alternativen.

Der marxistische Appell "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" lautet in der neomarxistischen Version "Intellektuelle aller Institutionen, emanzipiert euch!".

Während der Marxismus/Sozialismus an die ökonomisch-sozial verelendeten Proletarier appellierte und eine Arbeiterbewegung in Gang setzte, die die Basis (Produktionsverhältnisse) ändern, vielleicht sogar mit Gewalt umstürzen (revolutionieren) sollte, wendet sich der Neomarxismus der "Frankfurter" an die intellektuell und psychosozial verelendeten Subjekte im Bildungssystem, d.h. im kulturellen Überbau. Er bewirkte 1968 eine Studentenbewegung, die den kulturellen Überbau revolutionieren, d.h., eine Kulturrevolution durchführen sollte, deren Folgen Thema dieser Artikelserie sind.

Die gesamte Programmatik der Frankfurter Schule und der neu-linken Bewegung läßt sich als Kulturrevolution, als Umbau des Menschen, seiner Psyche, seines Denkens und Strebens und seines Lebens, als Umbau der Institutionen, die das menschliche Bewußtsein und Verhalten prägen, sowie als Umwälzung der gesamten Kultur und Zivilisation beschreiben.

Die Studentenrevolte von 1968 war kein Randphänomen der Gesellschaft, sondern eine wirkliche Revolution.

Da es unmöglich ist und auch nicht der Anschein erweckt werden soll, das Ideen- und Lehrgebäude der "Frankfurter", das aus mehr als 40 Büchern, 50 Aufsätzen und Tausenden von Brief- und Manuskriptseiten besteht, adäquat darstellen zu wollen, werden nur einige zentrale Thesen der Kritischen Theorie herausgegriffen. (Wenn im folgenden undifferenziert von der Frankfurter Schule gesprochen wird, ist immer einer der vier Gründer gemeint.)

Die Kritische Theorie ist nach Auffassung der "Frankfurter" eine alles umfassende, alles erklärende Theorie. Sie will sowohl Religions- als auch Gesellschaftsphilosophie, ebenso Theorie der Menschwerdung (Ontogenese) wie Moralphilosophie, Geschichts-, Kultur-, Musik- und Kommunikationstheorie sein. Sie stellt den Anspruch, eine Theorie der Wahrheit zu sein und damit die gesamte vorausgehende Philosophie von Thomas von Aquin bis Kant und Hegel zu überbieten und abzulösen.

Für Horkheimer wie für Habermas steht fest, daß Gott durch die tatsächliche Geschichte, durch die modernen Naturwissenschaften (Evolutionismus/Darwinismus) sowie durch den (dogmatischen) Marxismus widerlegt ist.

Das Christentum ist für Horkheimer eine Lüge, die Wiederbelebung der heidnischen Mythologie in Deutschland während des Dritten Reiches nichts anderes als Polytheismus. Nicht Gott, sondern der Mensch sei das höchste Wesen (Feuerbach), und der Nächste sei das Volk, die Gesellschaft, die Menschengattung. Horkheimer und Adorno teilen die Auffassung, daß die entscheidenden Fragen der Metaphysik nur negativ, d.h. nur verneinend, aufhebend, beantwortet werden können, dementsprechend gebe es nur negative (bestreitende, verneinende) Theologie.

Adorno, der getaufter Jude war, ist, wie Habermas betont, völlig standhaft und unerschütterlich Atheist geblieben.

Für Habermas, vom Elternhaus her evangelischer Christ, ist Gott eine falsche Hypothese - geschichtlich überholt, wissenschaftlich widerlegt. Gott ist vielmehr, wie Ludwig Feuerbach vor ihm schon behauptete, eine Projektion des leidenden Menschen an den Himmel, also Phantasieprodukt des Menschen. Der Mensch hat sich seinen Gott geschaffen, weil er ein Bedürfnis nach ihm hatte. Nach Habermas ist das Zeitalter der Hochreligionen und die Epoche des metaphysischen Denkens vorbei.

Das Christentum sei kein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr, die neue "wissenschaftliche Weltanschauung" - der Darwinismus/Evolutionismus - habe dem Christentum den Rang streitig gemacht, wissenschaftliche Aufklärung habe das (unaufgeklärt-mythische) Bewußtsein aufgelöst, die religiöse Welt insgesamt "entzaubert" und jede religiös begründete

Ethik wie Lehmbröckchen zwischen den Fingerspitzen zerrieben. Das moderne, nach-metaphysische Denken bestreite keine bestimmten Behauptungen der Theologen oder Metaphysiker, es behaupte vielmehr deren Sinnlosigkeit.

Sinnlos ist das Nachdenken über Gott deshalb, weil Gott in der Kritischen Theorie nicht real existiert, sondern nur ein Phantasieprodukt leidender Menschen ist. Theologie als Nachdenken und Reden über Gott ist dann eben nur Reden über nichts oder über menschliche Einbildungen.

Die "Moderne" oder das nach-metaphysische Zeitalter sei die Epoche des Massenatheismus: die katholische Kirche sei in mehrere Konfessionen und in eine Unzahl von Denominationen zersplittert, und alle moderne Theologie erscheint als Schrumpfungsprozess, der zur Auflösung führe, weil diese "moderne" Theologie die Unterschiede zwischen Heils- und Weltgeschichte, zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen Kirche und Welt, zwischen Theologie und Soziologie, zwischen Seelsorge und Psychologie, zwischen Christen und Nichtchristen, also den überlieferten Dualismus, einebne.

Mit dieser Zustandsbeschreibung von 1974 hat Habermas sogar recht behalten. Habermas hält es schließlich für gerechtfertigt (und notwendig), daß überall dort, wo in der idealistischen Philosophie "Gott" gedacht oder geschrieben wurde, "Mensch" oder "menschliche Gattung" einzusetzen sei. Damit wird Gott entthront, der Mensch bzw. die Gesellschaft dagegen werden vergöttlicht.

Wenn ein dogmatischer Marxist gefragt wird, wie ein "Sozialist" die Frage nach Gott beantworten würde, würde er mit Karl Marx antworten, der "sozialistische Mensch" sei so, daß er diese Frage nicht mehr stelle. ...<<

**07.04.2000**

**Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 2000: >>Polen drängt in die EU**

Die polnische Regierung hat ihre Forderung nach rascher Aufnahme in die EU unterstrichen. Ministerpräsident Jerzy Buzek forderte EU-Kommissionspräsident Romano Prodi am Donnerstag in Brüssel auf, ein Zieldatum zu nennen. Damit würden die Vorbereitungen seines Landes einen Schub erhalten. Buzek hat sich einen Beitritt im Jahr 2003 zum Ziel gesetzt. ...<<

**11.04.2000**

**Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. April 2000: >>Deutsche kaufen Land in Polen**

Deutsche liegen beim Grundstückskauf in Polen 1999 vorn. Mehr als ein Drittel der 916 ausländischen Firmen, denen das polnische Innenministerium den Kauf von 2.342 Hektar Land gestattete, stammte aus der Bundesrepublik. Außerdem durften 299 deutsche Antragsteller als Privatleute insgesamt 138 Hektar Land kaufen.<<

**13.04.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. April 2000: >>Aussiedler können kein Deutsch mehr**

Die nach Deutschland kommenden Aussiedler aus den Ländern der früheren Sowjetunion haben immer schlechtere Deutschkenntnisse. Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt (SPD), beklagte am Mittwoch in Nürnberg: "Insbesondere bei Jugendlichen gehen sie gegen Null." Welt sieht die Zuwanderung aber als Chance. Die Aussiedler könnten sowohl zur Finanzierung der Sozialsysteme in Deutschland beitragen als auch zur Erschließung neuer Märkte in Osteuropa.<<

**14.04.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. April 2000: >>Per Losentscheid zur Bundeswehr?**

### **Armee soll drastisch Schrumpfen**

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

**15.04.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. April 2000: >>>**Zu wenig Geld für Zwangsarbeiterstiftung ...****

Fast 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat der Bundestag eine Stiftung zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter auf den Weg gebracht. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Redner aller Fraktionen bekannten sich zu dem Ziel, noch in diesem Jahr mit Zahlungen an die Opfer zu beginnen. Die Parteien appellierten an alle deutschen Unternehmen, sich an der Stiftung zu beteiligen und die von der Wirtschaft versprochene Summe von 5 Milliarden Mark aufzubringen. Bisher haben 1.208 Firmen insgesamt 2,4 Milliarden zugesagt. ...

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung der Bundesrepublik, Otto Graf Lambsdorff, erinnerte an die historische und wirtschaftliche Dimension der Einigung, die deutsche Unternehmen vor teuren Sammelklagen in den USA schützen soll. ... Lambsdorff warnte vor Illusionen: "Eine hundertprozentige Rechtssicherheit wird es nicht geben." ...

Während der Bundestag über die Stiftung debattierte, sorgte in Wien eine neue Sammelklage von früheren Zwangsarbeitern gegen Österreich und 80 österreichische Firmen für Empörung. Ein US-Anwalt fordert für seine Mandanten eine Entschädigung von umgerechnet 36,9 Milliarden Mark.

Unterdessen hat das Oberste Gericht Griechenlands Deutschland zur Zahlung von Kriegsschädigungen in Höhe von 55 Millionen Mark verurteilt. Das Gericht teilte gestern in Athen mit, die Summe stehe den Angehörigen von 218 Dorfbewohnern zu, die 1944 von deutschen Truppen ermordet worden waren. Nach deutscher Auffassung sind alle Forderungen seit 1960 durch ein Abkommen mit Griechenland abgegolten.<<

**28.04.2000**

**Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. April 2000: >>>**Polen wünscht sich mehr deutsche Investitionen****

**Schröder und Buzek beraten in Gnesen ...**

Der polnische Ministerpräsident Jerzy Buzek hat die deutsche Wirtschaft zu Investitionen in Polen aufgefordert. ... Schröder sagte, der Beitritt Polens liege im nationalen Interesse, weil durch eine Ausweitung des Handels Arbeitsplätze bewahrt würden. Als "nicht glücklich" bezeichnete der Kanzler eine Studie des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) über Defizite bei den Beitrittsvorbereitungen osteuropäischer Länder. Sein Eindruck sei, daß Polen sich alle Mühe gebe, sein selbst gestecktes Ziel zu erreichen.

Beide Regierungschefs räumten ein, daß es anfangs Übergangsfristen etwa beim Zugang von polnischen Arbeitskräften nach Deutschland oder beim Ankauf von polnischen Liegenschaften durch Deutsche geben werde. Buzek meinte, daß diese zu den "heiklen Punkten" zählten. Die Atmosphäre sei aber freundschaftlich gewesen. Dazu habe die Grundsatzentscheidung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern beigetragen. ... <<

**02.05.2000**

**Vietnam: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Mai 2000: >>>**"Der Höhepunkt des Heldentums"****

**Mit Militärparaden und Folklore feiert Vietnam das Ende des Krieges vor 25 Jahren**

... Der Bürgermeister von Ho-Chi-Minh-Stadt ... nannte den Krieg zwischen dem Vietcong

und der nordvietnamesischen Armee auf der einen Seite gegen die USA und Südvietnam auf der anderen Seite "ohne Beispiel in Ausmaß und Brutalität". ...

Vietnams Regierungschef Khai hatte am Sonnabend in Hanoi an die früheren Kriegsgegner appelliert, ihre Verantwortung für die Folgen des Krieges zu übernehmen. Besonders die USA sollten sich engagieren. Mehr als zwei Millionen Vietnamesen und 58.000 amerikanische Soldaten sind im Krieg getötet worden. ...<<

**08.05.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Mai 2000: >>>**Säumige Firmen an den Pranger****

Deutsche Firmen, die nicht in den Entschädigungsfonds für ehemalige NS-Zwangsarbeiter zahlen, aber einst von ihrem Leiden profitierten, sollten weltweit an den Pranger: Der Sprecher der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Wolfgang Gibowski, drohte damit am Sonntag ebenso wie der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michael Friedman. Der Leiter der Jewish Claims Conference in Deutschland, Karl Brozik, dachte sogar erstmals über Zwangsmaßnahmen nach.

... Ebenso wie Gibowski und Friedman sprach sich Brozik dafür aus, die Anonymität aufzuheben und die säumigen Firmen öffentlich bloßzustellen. ...<<

**11.05.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Mai 2000: >>>**Ein Freund besucht die Deutschen****

... Der tschechische Präsident Vaclav Havel traf bei seinem Staatsbesuch am Mittwoch erst Bundespräsident Johannes Rau und anschließend Gerhard Schröder. Der bekräftigte die Unterstützung für den Beitritt Tschechiens zur EU und lehnte Forderungen der Sudetendeutschen nach deutschen Bedingungen für den Beitritt ab. Schröder bezeichnete Havel als "wirklichen Freund Deutschlands".<<

**12.05.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Mai 2000: >>>**"Vorabend einer europäischen Katastrophe?"****

Wenn er an Europa denkt, verdunkelt sich sein Gesicht. Die Europäische Union (EU) befindet sich nach Ansicht von Josef Homeyer (Bischof der Diözese Hildesheim) "in einer der größten Krisen seit ihrem Beginn". Sie steht - so fügt er mit prophetischer Sorge hinzu - hoffentlich nicht am Vorabend einer europäischen Katastrophe". ...

Die europäischen Institutionen seien einst auf die ursprünglich sechs Mitglieder zugeschnitten worden. Nach dem Beschluß, die Zahl der Mitgliedstaaten auf das vierfache zu erhöhen, müßten die Apparate endlich modernisiert werden. ...

Das entscheidende Defizit sieht der 70-jährige Geistliche darin, daß es auf der europäischen Bühne ein Führungsvakuum gebe. Gemeint ist dieses Mal nicht die EU-Kommission, sondern "das ehemals führende Tandem Frankreich-Deutschland". "Der Motor läuft gegenwärtig auf Hochtouren", zitiert Homeyer einen prominenten Europa-Politiker, "doch befindet er sich leider nur im Leerlauf." ...

Papst Johannes Paul II. habe vor kurzem mit dem "längst fälligen" Schuldbekennnis endlich ein wichtiges Signal gegeben. Die Seele Europas entstamme nicht nur einer westlichen, sondern auch der östlichen Kultur. Wenn die EU heute die Aufnahme östlicher Staaten aus einer Mischung von politischer Kraftlosigkeit und mangelndem Geschichtsbewußtsein hinauszögere, füge sie den Völkern im Osten neue Verletzungen zu - mit unabsehbaren Folgen.<<

**13.05.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Mai 2000: >>>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...****

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Eu-

ropäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...

Fischer hatte sich in einer als "persönliche Überlegungen" bezeichneten Rede an der Humboldt-Universität für eine zentrale Europaregierung, ein europäisches Parlament sowie eine europäische Verfassung ausgesprochen. Europa müsse "konstitutionell neu gegründet werden". Dies könne durch den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer europäischen Föderation gewährleistet werden. In einem Verfassungsvertrag sollten die Länder nur die "Kernsouveränitäten und das unbedingt notwendig europäisch zu Regelnde der Föderation übertragen". Zunächst sollte die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die in bestimmten Bereichen enger als andere kooperieren wollten, verstärkt werden.

Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren größtenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 13. Mai 2000 (x887/...): >>**Vertreibung ist ein unverjährbares Verbrechen**

Resolution des BdV-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Eingedenk der im Jahre 1950 verabschiedeten "Charta der Heimat" wiederholen wir als Heimatvertriebene das Gelöbnis, daß die Respektierung und Wahrung der Würde des Menschen mitsamt seinen Rechten unser höchstes Gebot sind. Auch das Recht auf die angestammte Heimat ist uns als von Gott gegeben heilig und unantastbar.

Wir Heimatvertriebenen fordern alle Staaten und Völker guten Willens dieser Welt auf, das Recht auf die angestammte Heimat als Grundrecht von Menschen und Volksgruppen zu wahren und Verstöße dagegen rigoros zu ahnden. Dabei darf es keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten geben, zumal wir aus tiefster christlicher Überzeugung jegliche Kollektivschuld oder Kollektivhaftung strikt ablehnen. Nach verbindlicher Rechtsauffassung der vereinten Nationen ist jede Vertreibung ein unverjährbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erfüllt den Tatbestand des Völkermordes. Dieser ist als Delikt grundsätzlich zu ahnden und hat keinen Anspruch auf Nachsicht oder "Toleranz".

Wir Heimatvertriebenen fordern insbesondere die Europäische Union auf, es nicht bei der plakativen Deklaration zu belassen, Hüterin der Menschenrechte wie des Völkerrechts zu sein, sondern aktiv dafür Sorge zu tragen, daß jeder Mitgliedstaat ohne Ausnahme zur strikten Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte "gezwungen" wird.

Für alle Heimatvertriebenen in Europa und alle aus rassistischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen Verfolgten und ihres Eigentums beraubten Menschen ist es unerträglich, seit Jahrzehnten erfahren zu müssen, wie ihre elementaren Grund- oder Menschenrechte auf dem Altar politischer Opportunität geopfert werden. Auch das Ignorieren und Nichtverfolgen von Menschenrechtsverletzungen durch einen Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland ist eine Verletzung der Menschenrechte, insbesondere der Würde der betroffenen Menschen.

Wir fordern aus Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen wie der Universalität der Menschenrechte wie des Völkerrechts die Europäische Union auf, bei den Verhandlungen über den Beitritt weiterer Staaten dafür Sorge zu tragen, daß alle Staaten vor Aufnahme in die EU als "Rechts- und Wertegemeinschaft" ihre begangenen Verletzungen der Menschenrechte wie des Völkerrechts juristisch wie moralisch heilen.

Insbesondere die Republiken Litauen, Polen und Tschechien sind unmißverständlich aufzufordern, alle menschenrechtswidrigen Ausweisungs- und Enteignungsdekrete durch ihre Par-

lamente aufzuheben und für null und nichtig zu erklären. Dies bedeutet eine Restitution des willkürlich konfiszierten Eigentums wie eine adäquate Entschädigung.

Aber nicht nur materielle Entschädigung in bezug auf Eigentumsdelikte ist zu leisten. Viel gravierender sind die bisher völlig unberücksichtigten Schäden an Leib und Seele. Die Okkupation der deutschen Ostprovinzen wie der deutschen Siedlungsgebiete außerhalb der völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches ging mit einer unvorstellbar unmenschlichen Brutalität vor sich. Durch Mord, Vergewaltigung, Verschleppung und Zwangsarbeit verloren nahezu drei Millionen Menschen ihr Leben. Ein Großteil dieser Delikte geschah nach der Kapitulation der Wehrmacht am 7. und 8. Mai 1945 und vollzog sich bis in das Jahr 1949 hinein. Auch hier fordert das Recht Sühne, Bestrafung der Täter und Verantwortlichen sowie Wiedergutmachung.

Wir Heimatvertriebenen lehnen aus tiefster christlich-abendländischer Überzeugung jeglichen Gedanken an "Kollektivschuld" und "Kollektivhaftung" ab. Kein unschuldiges Kind darf ermordet, kein Mädchen vergewaltigt werden aus puren Rachegeleuten wegen anderweitig erlittenen Unrechts. Keine Volksgruppe darf, auch nicht von Siegern, willkürlich aus ihrer Heimat vertrieben sowie ihres Hab und Guts beraubt werden. Wären diese Gebote beachtet worden, viele Kriege nach 1945 wären ihres eigentlichen Motivs beraubt gewesen und hätten vermieden werden können.

Wir Heimatvertriebenen waren stets für "Europa", aber unser erhofftes "Europa" war stets ein Europa der Völker, des Selbstbestimmungsrechts, des Friedens und des Rechts. Wahrer Frieden kann aber nur eintreten, wenn sich alle Völker zum Prinzip von Wahrheit und Wahrhaftigkeit bekennen, die historische Wahrheit nicht manipuliert und unterdrückt wird, das Recht herrscht. Wir sind überzeugt von der alten Weisheit "justitia fiat pax", d.h., nur "Gerechtigkeit schafft Frieden".

Wir Heimatvertriebenen und Entrechteten fordern alle Menschen guten Willens auf, unseren Friedenswillen aktiv zu unterstützen und sich nicht auf "Verträge" zu verlassen, die elementare Menschenrechte einfach "ausklammern" und politbürokratisch "ad acta" legen. Nur wer die Menschenrechte reklamiert, fördert den Frieden unter den Völkern in Europa wie der Welt. Sie allein sind der Baustein für eine freiheitliche nachhaltige Entwicklung! ...<<

**22.05.2000**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Mai 2000: >>... Der Deutschland-Direktor der Jewish Claims Conference, Karl Brozik, forderte am Wochenende, die Namen der Firmen zu veröffentlichen, die bisher noch nicht in den Entschädigungsfonds eingezahlt haben. Die Bundesregierung solle Druck auf die Wirtschaft ausüben, damit diese endlich die verabredeten 5 Milliarden zusammenbringe. Auch der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, verlangte den Druck "auf die noch abseits stehenden Unternehmen" zu erhöhen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 22. Mai 2000: >>**Vertriebene fordern eine Entschädigung**

Die Forderung von Vertriebenen nach Entschädigung für "sudetendeutsche Opfer tschechischer Gewalt" droht das deutsch-tschechische Verhältnis zu belasten. ...

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat in Berlin zur Diskussion über die Entschädigung von deutschen Vertriebenen aufgefordert. Polen, Tschechien und Slowenien müssen sich "den materiellen Folgen der völkerrechtswidrigen Vertreibung und Enteignung" von Millionen Deutschen nach 1945 stellen, verlangte BdV-Präsidentin Erika Steinbach auf der Bundesversammlung. Unterdessen forderte die Sudetendeutsche Landsmannschaft von dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds eine Entschädigung für erlittenes Unrecht. ...

Edmund Stoiber sagte ...: "Ich halte das Anliegen für gerechtfertigt." Die "barsche Haltung" Außenminister Joschka Fischers sei ihm völlig unverständlich. Fischer hatte gegenüber der

"Süddeutschen Zeitung" gesagt, der Vorstoß der Sudetendeutschen verletze "massiv" deutsche Interessen und sei "kontraproduktiv".

Der Referatsleiter im tschechischen Außenministerium, Jiri Sítler, sagte: "Tschechien überschätzt den Vorstoß nicht." Er wisse aber nicht, "ob es gerade jetzt klug ist, aus Deutschland Forderungen zu stellen, die mit dem Zweiten Weltkrieg zu tun haben".<<

**27.05.2000**

**BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 27. Mai 2000 (x887/...):**  
**>>"Gebt uns die Mark wieder!"**

### **Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung**

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat. Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war. Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen! Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen (und österreichischen) Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO<sub>2</sub>-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebremst wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntelang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. (Erstaunlich übrigens, daß die Sozialisten, denen doch sonst immer alles viel zu "national" ist, ausgerechnet am Namen der österreichischen Notenbank keinen Anstoß nehmen!)

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt vielmehr in jenen postkommunistischen Ländern Südosteuropas, wo die D-Mark mittlerweile zur gängigen Währung geworden ist und die gleichen Funktionen erfüllt wie der Dollar in anderen Weltgegenden. Der Ruf ertönt, weil der dramatische Kursverfall des Euro in gleichem Ausmaß die D-Mark entwertet und somit alle schädigt, die an die D-Mark geglaubt hatten.

Und man muß sich vor Augen halten, was das sonst noch bedeutet: Wer am Balkan seine Ersparnisse in D-Mark unverzinst unter der Matratze liegen hat, zieht damit unbeabsichtigt an den gleichen Strängen wie die hiesigen Währungshüter mit ihren Maßnahmen zur "Kaufkraftabschöpfung"! Und wenn dann - dank freundlicher Nachbarn oder hilfsbereiter Bomberpiloten - das Haus abbrennt und mit dem Haus die Matratze und mit der Matratze die Ersparnisse, dann wird zugleich der Notenumlauf der Bundesbank verringert, es wird also eine Verbindlichkeit getilgt, ohne daß man das als "außerordentlichen Ertrag" auszuweisen und womöglich noch zu versteuern hätte!

Gewiß, es macht in Summe nicht viel aus, ist aber wieder eines von zahlreichen Beispielen dafür, wie heute unter dem Deckmäntelchen "Globalisierung" die Umverteilung funktioniert, eine Umverteilung von unten nach oben - von denen, die arbeiten und sparen, hin zu den Finanzhaien und den von ihnen abhängigen Politikern.

Als der Euro in seinen ersten Daseinstagen (bescheidene) Kursgewinne gegenüber dem Dollar verzeichnen konnte, ließ man das Volk mit Triumph-Gemurmel beschallen: "Seht Ihr, wir haben's ja immer schon gewußt!" Und heute? Da lassen die Beschwichtigungshofräte verlauten, daß der Kursverfall ohnehin nur scheinbar" sei und eigentlich gar keine Rolle spiele, weil ja im Euro-Land der größte Teil der Wirtschaft bloße Binnenwirtschaft sei.

Nun, da ist etwas Wahres dran, doch muß man sich das im Detail ansehen: Denn Importe von Rohstoffen, insbesondere von Erdöl, werden weiterhin in Dollars fakturiert, heizen also die Inflation an, und von der Inflation am stärksten betroffen sind bekanntlich stets die Schwäch-

sten - hierzulande wie auch am Balkan. Daß andererseits die Exportwirtschaft durch Abwertung angeblich profitiert, ist eine weitere Halbwahrheit: Denn eine mengenmäßige Ausweitung (wenn überhaupt!) bedeutet noch lange keine entsprechende ertragsmäßige Ausweitung, um die Volkswirtschaft für die teureren Importe zu entschädigen!

Auch betriebswirtschaftlich ist der (unverdiente) Konkurrenzvorteil durch Abwertung eher gefährlich, verleitet er doch dazu, Unwirtschaftlichkeit unter den Teppich zu kehren, was dann bei einer Kursentwicklung in die andere Richtung katastrophale Folgen haben kann. ...

Besonders hervorzuheben ist natürlich, daß der Sinkflug des Euro sich nicht auf alle Euro-Länder gleichermaßen auswirkt! Wer zahlt denn vor allem für das teurere Erdöl? Aha! Und wer profitiert von dieser Teuerung? Ebenfalls aha! Es ist kein Zufall, daß England und Norwegen dank Nordsee-Öl auf den Euro verzichten dürfen. Und es ist ebenso kein Zufall, daß Morgenthau grüne Erfüllungsgehilfen so heftig für die Schließung deutscher Kernkraftwerke und gegen die Errichtung österreichischer Wasserkraftwerke kämpfen!

Da ist aber noch ein weiterer, ganz entscheidender Aspekt: Für Dollars kann man heute um ein Viertel billiger einkaufen - Liegenschaften, Betriebe, Finanzbeteiligungen etc. Und da geht es eben nicht um die vielgerühmten "Investitionen", mit denen die Wirtschaftskraft erhöht und Arbeitsplätze geschaffen werden. Es sind vielmehr reine Finanztransaktionen, deren Gewinne wieder verflüssigt werden, sobald sich das lohnt, also wenn das Pendel wieder in die andere Richtung geht. Und weil man eben mächtig genug ist, das Pendel einmal hierhin und einmal dorthin ausschlagen zu lassen, ist man auch beim Billig-Einkaufen und Teuer-Verkaufen jeweils um die sprichwörtliche Nasenlänge voraus!

Die Abwehr solcher Plünder-Aktionen ist nur einer autonomen Volkswirtschaft möglich, die Europäer aber haben ihre eigenen Volkswirtschaften dem Moloch Globalisierung zum Fraße vorgeworfen, und eine gemeinsame europäische Volkswirtschaft gibt es nicht. Wird es auch nicht geben, solange die Hegemonial-Interessen einzelner Mächte das Geschehen in Brüssel diktieren! Der Euro muß also - selbst wenn er aus den angeführten Gründen durchaus wieder einmal steigen wird - ein Spielball der Globalisierer bleiben, ein Instrument zur Umverteilung.<<

**03.06.2000**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juni 2000: >>**Reichlich Kritik für Scharpings Bundeswehr-Pläne**

**Der Union sind 277.000 Soldaten zu wenig, den Grünen zu viel – und auch Offiziere murren / Volle Öffnung für Frauen**

... Das Konzept, das spätestens am Mittwoch nach Pfingsten vom Kabinett abgesegnet werden soll, löste ein geteiltes Echo bei Regierungs- und Oppositionsparteien aus. Kernpunkte sind die unbeschränkte Öffnung für Frauen, die Reduzierung der Truppenstärke und die Verkürzung des Wehrdienstes.

**Frauen dürfen alles:** Die Bundeswehr wird im Januar die ersten Frauen auf freiwilliger Basis für alle Laufbahnen und Verwendungen einstellen. Bisher ist die Tätigkeit von Frauen auf Sanitäts- und Musikdienst beschränkt. Künftig können sie auch Kampfpilotinnen und Kampfschwimmerinnen werden.

**Formel "255.000":** Scharpings Konzept sieht die Reduzierung von 320.000 auf 277.000 Soldaten vor. Danach werden aber nur 255.000 tatsächlich zur Verfügung stehen, weil sich jeweils 22.000 in Qualifizierungs- und Berufsförderungsmaßnahmen befinden. ...

**Neun Monate Wehrdienst:** Der Wehrdienst wird von zehn auf neun Monate verkürzt, die in einem sechsmonatigen Block und spätere Wehrübungen aufgeteilt werden können. ...

CDU/CSU-Wehrexperte Paul Breuer meinte dagegen, die Bundeswehr würde schon durch Scharpings Reform für ihre Hauptaufgabe Landes- und Bündnisverteidigung "zu klein dimensioniert".

Bei vielen Offizieren im Verteidigungsministerium stößt die Aufteilung der Wehrdienstzeit auf Skepsis. Daran, daß sich die restlichen drei Monate des gekürzten neunmonatigen Wehrdienstes in Wehrübungen nachholen lassen, glaubt kaum einer.<<

**13.06.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Juni 2000: >>CSU kritisiert Kanzler bei Vertriebenentreffen**

Die CSU hat Bundeskanzler Gerhard Schröder beim traditionellen Pfingsttreffen der Vertriebenen scharf kritisiert. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber warf dem Kanzler beim 51. Sudetendeutschen Tag am Sonntag in Nürnberg eine Mißachtung der Vertriebenen-Anliegen vor. Die von Schröder vertretene Auffassung von einer "historisch abgeschlossenen Epoche" sei ein "Schlag in das Gesicht von Millionen von Menschen", sagte Stoiber.

Zu dem Treffen, das in diesem Jahr unter dem Motto "Vertreibung weltweit ächten" stand, waren am Wochenende rund 100.000 Menschen gekommen. Erstmals in der Geschichte des Vertriebenen-Treffens hatte die Bundesregierung eine finanzielle Unterstützung der Veranstaltung abgelehnt.<<

**14.06.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Juni 2000: >>Allseits Lob für den Zwangsarbeiter-Kompromiß**

... Wirtschaft und Politik haben am Dienstag den Durchbruch bei den Verhandlungen über die Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter grundsätzlich begrüßt. Bei der Washingtoner Verhandlungsrunde zur Zwangsarbeiter-Entschädigung wurde eine Vereinbarung erreicht, die deutschen Firmen weitestgehende Rechtssicherheit vor künftigen Klagen garantiert. 100-prozentig ist diese Sicherheit allerdings nicht, wie der Münchener Opferanwalt Michael Wittl betont. Der Rechtsvertreter stellte bereits weitere Prozesse in Aussicht. ...<<

**15.06.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Juni 2000: >>Kabinetts segnet Scharpings Bundeswehrreform ab**

Die Weichen für die bisher größte Reform der Bundeswehr sind gestellt: Am Mittwoch hat das Bundeskabinetts die Eckpfeiler für die Reform beschlossen, die Verteidigungsminister Scharping (SPD) vorgelegt hatte. Sie sieht unter anderem vor, die Gesamtstärke der Bundeswehr schrittweise um 61.000 auf 277.000 Soldaten zu verringern. Die Wehrpflicht soll bleiben, von 2002 an aber von zehn auf neun Monate sinken. ...

Ziel der Reform sei es, die Bundeswehr leistungsfähiger und wieder voll bündnisfähig zu machen, sagte (Verteidigungsminister) Scharping. Die Bedrohung von außen sei noch nie in der deutschen Geschichte so gering gewesen wie derzeit. ... Gestärkt werden sollen die Kräfte, die sich an internationalen Einsätzen beteiligen können. In Zukunft seien daher Luftsätze und High-Tech-Geräte wichtiger als schwere Panzer. ...<<

**17.06.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Juni 2000: >>Beutekunst ist auf dem Rückweg**

Rußland hat die Rückgabe weiterer im Zweiten Weltkrieg erbeuteter Kunstwerke an Deutschland in Aussicht gestellt. ... Schätzungen zufolge brachten die Sowjets nach dem Zweiten Weltkrieg eine Million Bücher, 55.000 Gemälde, Skulpturen und andere Kunstwerke sowie 175.000 Münzen und Orden nach Rußland. Das russische Verfassungsgericht hatte erst vor einem Jahr bestätigt, nach dem die erbeutete Kunst Eigentum Rußlands ist. ...<<

**Niederlande: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Juni 2000: >>Holländische Banken zahlen Entschädigung**

Niederländische Banken und die Börse von Amsterdam wollen als Ausgleich für Enteignungen von Juden im Zweiten Weltkrieg gemeinsam 314 Millionen Gulden (276 Millionen DM)

zahlen. ...

In verschiedenen Zeitungen werden die betroffenen Finanzinstitute ihr Bedauern über das den Juden angetane Leid ausdrücken. Außerdem werden sie eine Publikation über das Verhalten der Börse und der Banken gegenüber den Juden auch nach dem Krieg finanzieren.<<

**21.06.2000**

**BRD:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juni 2000: >>Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre.

Fischer betonte, in der friedlichen Revolution von 1989 "hat sich unsere Geschichte endlich aufgelöst". Es gebe "keine offene deutsche Frage mehr, weder im Innern noch im Äußern". Die Debatte über ein gebrochenes Verhältnis der Deutschen zum Nationalstaat könne daher beendet werden. Fischer betonte, diese "Normalität" heiße nicht, "Schlußstrich unter unsere Vergangenheit". Aber europäische Normalität bedeute "angekommen sein in festen Grenzen. Im eigenen Nationalstaat mit all den Brüchen, aber auch der Verantwortung, die sich aus den Brüchen der Nationalgeschichte ergibt."

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. Chevènement betonte seine Ablehnung der Föderationsidee. Er hatte Deutschland mit Blick auf Fischers EU-Vorstellungen altes Hegemonialstreben vorgeworfen.<<

**08.07.2000**

**BRD:** Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. Juli 2000 (x887/...): >>Linksextreme Vertriebenen-Gegner unterwandern bürgerliche Medien

Gedenken ist eine schwierige Sache. Gedenken hat mit Gedächtnis zu tun. Es ist das gemeinsame Gedächtnis einer Gruppe oder eines Volkes. Es ist das Lebendighalten eines Ereignisses, das ein Volk stark geprägt hat und das es deshalb über das Gedächtnis eines einzelnen sterblichen Individuums hinaus erhalten wissen will. Dieses Bedürfnis kann sich in Denkmälern äußern, in Feier- und Gedenktagen, in Straßennamen oder in Gedenkstätten. Wessen wir gedenken, sagt also etwas darüber aus, was wir als Grundstock für die Geschichtstraditionen der kommenden Generationen für aufbewahrenswert halten.

Berlin soll als Gedenkstätte ein "Zentrum gegen Vertreibungen" als "zentrale Informations-, Dokumentations-, Archiv- und Begegnungsstätte" erhalten. Die Vertreibung um 1945 ist ein tiefer Einschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes. 2,4 Millionen Menschen verloren ihr Leben, etwa 12,5 Millionen wurden für immer aus ihrer Heimat vertrieben. Das Völkerrecht bezeichnet dies sowie den damit verbundenen Raub des Eigentums und des Landes ohne Wenn und Aber als Völkermord.

Daß die Vertriebenen nicht in allen politischen Spektren gleichermaßen beliebt sind, wissen diese seit Jahrzehnten und haben dies oft schmerzlich erfahren müssen. Doch hat man bisher unabhängig davon stets Mitgefühl und Respekt vor dem ungeheuren Leiden der Menschen dieser Generation zum Ausdruck gebracht.

Inzwischen jedoch schaffen es immer mehr Mitglieder eines linksextremen Narrensaums, in als bürgerlich und ehrbar bekannte Publikationen einzudringen und von dort aus ihr Treiben wirksamer fortzusetzen als es ihnen jemals mittels ihrer abseitigen Gazetten möglich wäre. Jüngstes Beispiel dafür ist ein kürzlich in der vierzehntäglichen erscheinenden "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" (AJW) erschienener Artikel von Samuel Salzborn über eben jenes geplante Zentrum gegen die Vertreibungen (nicht wie Salzborn bezeichnenderweise schreibt: "Zentrum für Vertreibung") in Berlin.

Dort erregt sich der Autor über die Vorsitzende des BdV, Erika Steinbach. Sie habe in einem Ende Mai der "Leipziger Volkszeitung" gegebenen Interview unerwähnt gelassen, daß die Vertreibung, Salzborn nennt sie "Umsiedlung der deutschen Bevölkerung", "völkerrechtlich verbindlich im Potsdamer Abkommen festgelegt wurde und daß in dieser Hinsicht keineswegs von 'Rassenwahn' gesprochen werden kann. Denn die Umsiedlung erfolgte nicht aus rassistischen Gründen", so Salzborn weiter, "sondern aus antifaschistischen Gründen. Sie sollte das künftige Konfliktpotential in Osteuropa verringern.

Der Hintergrund: Die sogenannten deutschen Minderheiten hatten bereits während des Nationalsozialismus soziale und politische Konflikte im Ausland geschürt. Dies war die Basis für die Zerstörung der osteuropäischen Nationalstaaten und letztlich ein zentraler Aspekt bei der Vorbereitung und Umsetzung der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik."

Es lohnt kaum, auf dieses krude Gemisch von politischer Willkür und historischer Ignoranz und Rechtfertigung von objektivem Völkermord näher einzugehen. Nur soviel: Die eigentliche Redaktion und die Herausgeberschaft der "Wochenzeitung" scheinen offensichtlich immer noch nicht bemerkt zu haben, welches Kuckucksei sie sich da ins Nest geholt hat.

Autor Salzborn schreibt ebenfalls für linksextreme Postillen wie "Konkret", "Antifaschistische Nachrichten" oder "Jungle World". Dort wird er noch deutlicher: "Vertriebene: Ein Mahnmal für die Nazis?" Sämtliche Publikationen, die dem linksextremistischen Narrensaum angehören. Oder er arbeitet für Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, wie den früher DDR-finanzierten Antifa-Verein VVN oder die "Jungdemokraten".

Nicht anders die AJW-Autoren Jürgen Elsässer oder Otto Köhler, den selbst die linksliberale "Zeit" vor vielen Jahren vor die Tür setzen mußte. All diese Autoren sind Träger dessen, was sie selbst "antideutsch" nennen. Das Wort "Volk" ist für sie gleich völkisch, das Wort "Nation" gleichbedeutend mit Nationalismus. Jürgen Elsässer hat einmal gesagt: als Linker sei man entweder antinational oder man sei nicht links. Folge: Da sie Volk und Nation nicht akzeptieren, akzeptieren sie natürlich auch nicht das völkerrechtlich anerkannte Recht auf Heimat.

Inzwischen scheint sich bei der AJW, offenbar ohne daß der Herausgeber der Zeitung, der Zentralrat der Juden, es bemerkt zu haben scheint, ein Netzwerk verfassungsfeindlicher Autoren etabliert zu haben, das scharf von der sonst eher bürgerlichen Ausrichtung der Zeitung absticht. Andere deutschsprachige jüdische Publikationen wie der New Yorker "Aufbau", die Basler "Jüdische Rundschau" und die bisweilen national-deutschen "Israel-Nachrichten" kennen solche Probleme nicht.

Es wäre dem Zentralrat und der "Wochenzeitung" sehr zu wünschen, daß er sich einmal genauer mit diesen Dingen beschäftigte und seine angesehene Zeitung nicht zu einer Vertriebenschelte einer kleinen Gruppe, die ihre eigenen Interessen verfolgt, mißbrauchen ließe.<<

**Österreich:** Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 2000: >>**Wien richtet NS-Fonds ein**

Das österreichische Parlament hat am Freitag einstimmig der Einrichtung eines "Versöhnungsfonds" zugestimmt, der den 150.000 noch lebenden Opfern des NS-Regimes zugute kommen soll. In den Fonds mit einem Umfang von etwa 6 Milliarden Schilling (853 Millionen Mark) sollen ähnlich wie in Deutschland der Staat und Unternehmen einzahlen, die von Zwangsarbeitern profitiert haben. Das vom österreichischen Nationalrat verabschiedete Gesetz

sieht vor, daß Sklavenarbeiter in NS-Lagern einen Betrag von 14.000 Mark erhalten.<<

**13.07.2000**

**BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Juli 2000: >>"Europa – da kann ich richtig wild werden"**

Homeyer (Vorsitzender der Kommission der Bischofskonferenzen des EU-Raumes) diskutiert mit Santer (bis 1999 Präsident der EU-Kommission in Brüssel) über den Alten Kontinent. ...

Homeyer: "In dieser Zeit der Globalisierung müssen wir unser typisch europäisches Gesellschaftsmodell durchsetzen – die sozial temperierte, gemäßigte Marktwirtschaft. USA, Asien, Japan haben sie nicht. Wir haben sie mühsam erkämpft. Das ist die Zukunft der Menschen – in Europa und in der Welt." ...

Santer: "Wir müssen dem Osten helfen. Das kostet was, aber das ist es wert. Wir müssen zurückstecken. Leider leuchtet das unserer Jugend noch nicht ein."

Homeyer: ... "Hätte ich als Bischof was zu sagen, würde ich unseren Pfarrern untersagen, im Urlaub nach Mallorca zu fahren - in den Osten sollen sie." ...

Beide loben Außenminister Joschka Fischer für seine Initiative, Deutschland und Frankreich eine Führungsrolle im europäischen Einigungsprozeß zuzuweisen.

Santer: "Fischer hat den Motor wieder anspringen lassen."

Homeyer: ... Ich bin Fischer sehr dankbar, daß er sich endlich gemeldet hat mit einer Vision. Chirac hat sich dahinter gestellt. Ich wünsche mir, daß dies zum Funken für die Politik wird."

...

Santer: "Chirac und Fischer denken grundsätzlich verschieden. Fischer will Gemeinschaft aller. Chirac will ein deutsch-französisches Sekretariat außerhalb der EU. Davor warne ich!"

Die Nationalstaaten müssen einbezogen werden. Ein Bundesstaat nach dem Vorbild der USA sei unerreichbar. Ein Staatenbund sei zu wenig. "Wir brauchen eine Föderation der Nationalstaaten." ... <<